

Anfragen: Architektenkammer Thüringen / Ingenieurkammer Thüringen

Qualität braucht Handlungsprinzipien

- **Wie tritt Ihre Partei für die genannten Forderungen ein?**

Aus Sicht der FDP sind die freien Berufe unverzichtbar. Dies betrifft selbstverständlich ganz besonders auch die Berufsbilder der Freien Architekten, Beratenden Ingenieure und Stadtplaner und die damit verbundene Vertrauensstellung als unabhängige Berater und Interessenvertreter des Bauherrn. Die Freien Demokraten lehnen es ab, wenn in diesem Wettbewerb staatliche oder halbstaatliche Institutionen – meist von Steuern subventioniert – Konkurrenz bieten. Für die FDP gilt der Grundsatz, wenn Private die Erledigung öffentlicher Aufgaben gleich gut oder besser können, müssen sie auch zum Zug kommen.

Um die o.g. unabhängige Beratung des Bauherrn auf hohem Niveau zu sichern, muss aus Sicht der FDP Thüringen die getrennte Vergabe von Planung und Bauausführung der Regelfall bleiben. Nur so kann der Planer auf Dauer Interessenvertreter des Bauherrn bleiben, wenn er nicht zugleich Lieferanteninteressen und den Interessen der ausführenden Firma verpflichtet ist.

Die Freien Demokraten teilen die Auffassung, dass der Zuschlag für öffentliche Aufträge auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen ist. Das muss bekanntlich bei weitem nicht immer das billigste sein. Allerdings sind öffentliche Auftraggeber beispielsweise bei VOB – Aufträgen gemeinsam mit den beauftragten Architekten und Ingenieuren gefordert, couragiert geltendes Recht etwa im Sinne von VOB/A § 25 Nr. 3 anzuwenden. Demnach (Zitat) „soll der Zuschlag auf das Angebot erteilt werden, das unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte, wie z.B. Qualität, Preis, technischer Wert, Ästhetik, Zweckmäßigkeit, Umwelteigenschaften, Betriebs- und Folgekosten, Rentabilität, Kundendienst und technische Hilfe oder Ausführungsfrist als das wirtschaftlichste erscheint.“ Die FDP will entsprechende Entscheidungen unterstützen, indem u.a. unbürokratischere Fördermittelbestimmungen die Erpressbarkeit öffentlicher Bauherren im Wechselspiel zwischen

Fördermittelterminen und etwaigen Vergabeklagen deutlich verringern und indem das Problembewusstsein in öffentlichen Vergabestellen unterstützt wird.

- ***Wie kann die bestehende Benachteiligung kleinerer und mittlerer Büros bei Auftragsvergaben / VOF-Verfahren / Wettbewerbe durch mittelstands-freundliche Regelungen abgebaut werden?***

Die FDP Thüringen tritt engagiert dafür ein, dass kleine und mittlere Unternehmen ebenso wie kleine und mittlere Planungsbüros deutlich fairere Chancen erhalten als bisher. Die zielstrebige Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe ist aus Sicht der Liberalen ein wesentlicher Baustein für einen selbsttragenden Aufschwung im Freistaat. Mit Blick auf die freien Berufe bedeutet das vor allem:

- die intelligente Anwendung von VOF und Vergabe – Mittelstandsrichtlinie,
- die bewusste Auftragsvergabe an geeignete Büros mit Sitz in Thüringen im Rahmen des rechtlich Möglichen,
- die Formulierung von angemessenen Auswahlkriterien, die kleineren Büros eine faire Chance lässt. Wenn etwa Umsätze und Referenzen zur Bedingung für Planungsaufträge gemacht werden, die von vornherein kleinere, einheimische Büros ausschließen, stellt dies eine inakzeptable Benachteiligung dar. Und
- verstärkte Vergabe von Einzelaufträgen an Fachplaner, statt an Generalplaner.

Das allgemeine Gebot europäischer Vergabebestimmungen, Anbieter von Leistungen nicht wegen ihrer Herkunft zu diskriminieren, heißt im Umkehrschluss auch, dass einheimische Unternehmer und Freiberufler nicht benachteiligt werden dürfen.

Darüber hinaus hat sich die FDP auf Bundesebene immer für Mittelstandsklauseln eingesetzt und mit dafür gesorgt, dass diese in der Vergaberechtsnovelle aufgenommen wurde.

Planungs- und Bauqualität setzen auskömmliche Honorare voraus

- **Wie steht Ihre Partei zur Fortschreibung der HOAI als verbindliches Preisrecht für Planungsleistungen?**

Der Bundesfachausschuss Wohnungsbau der FDP hat sich lange und intensiv mit der Notwendigkeit der Fortschreibung der HOAI befasst und die zuständigen Fachpolitiker in der Willensbildung unterstützt. Die FDP erkennt die Bedeutung einer auskömmlichen Honorarordnung als Grundlage für die Qualitätssicherung am Bau ebenso wie als Grundlage für ein zuverlässig und vergleichbar definiertes Leistungsbild des Planers. Somit ist die HOAI vor allem auch in doppeltem Sinne ein Instrument zum Verbraucherschutz.

Die FDP hat massiv dazu beigetragen, dass die ursprünglich seitens der Bundesregierung vorgelegte Änderung der HOAI deutlich nachgebessert wurde. Dennoch ist in der nunmehr vorliegenden Fassung der HOAI 2009 Fortschreibungsbedarf erkennbar. Insbesondere ist teilweise bereits eine gewisse Rechtsunsicherheit abzusehen, so wie Monopolstellungen öffentlicher Auftraggeber dazu führen können, dass die erste Honorarerhöhung seit 1996 durch die Hintertür unterlaufen wird.

- **Welche Position hat Ihre Partei zur Sicherung eines flexiblen Arbeitsmarktes im Bereich der Freien Berufe? Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die freie Mitarbeiterschaft?**

Das vor allem für den Mittelstand komplizierte Kündigungsschutzgesetz muss beschäftigungsfreundlicher werden. Der Kündigungsschutz sollte erst für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten und nach einer Beschäftigungsdauer von zwei Jahren gelten. Der Kündigungsschutz gegen willkürliche Kündigungen bleibt uneingeschränkt für alle Arbeitnehmer bestehen. Das generelle Vorbeschäftigungsverbot für sachgrundlos befristete Einstellungen muss abgeschafft werden. Ein Verbot wiederholter befristeter Beschäftigung vor Ablauf von drei

Monaten ist ausreichend, um ungewollte Kettenarbeitsverträge zu vermeiden. Das schafft Flexibilität für den Mittelstand und führt zu mehr Arbeitsplätzen in Deutschland. Eine befristete Einstellung ist besser, als arbeitslos zu sein.

Freie Mitarbeiter sind aus Sicht der FDP ein wichtiger Baustein zu einer flexiblen Personalpolitik und liegen oft im beiderseitigen Interesse von Auftraggeber und Auftragnehmer. Die bestehenden Regelungen zur Scheinselbständigkeit sind kontraproduktiv und verhindern nicht selten den Einstieg die berufliche Selbständigkeit.

- ***Durch welche Programme wird Ihre Partei Selbständige fördern?***

Deutschland braucht eine Kultur, die die Gründung und Weiterführung von Betrieben begünstigt, den Schritt in die Selbstständigkeit, neue Ideen und Innovationen fördert und die Leistung der Freien Berufe anerkennt. Die Stichworte sind hier:

1. Ein einfaches, faires Steuersystem mit niedrigen Sätzen. Davon profitiert ein Großteil des Mittelstands, da 80 Prozent der Unternehmen Personengesellschaften sind und somit der Einkommensteuer unterliegen.

2. Weniger Bürokratie. Der Staat muss sich aus der Wirtschaft zurückziehen, indem er statt eines immer dichteren, bürokratischen Regelungsnetzes einen verständlichen, flexiblen Regelungsrahmen vorsieht.

Statt zusätzliche bürokratische Lasten, wie zum Beispiel das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (Anti-Diskriminierungsgesetz)“, zu schaffen, müssen die bestehenden reduziert werden. Die zahlreichen statistischen Doppelerhebungen müssen abgeschafft werden. Bürokratielasten muss der Staat den Unternehmen vergüten. Wie hohe Lohnzusatzkosten führen auch hohe Bürokratiekosten zum Wachsen der Schwarzarbeit. Im Interesse eines effektiveren Bürokratieabbaus muss der Normenkontrollrat zu einem wirklichen Bürokratie-TÜV ausgebaut werden.

Darüber hinaus legt die FDP Thüringen – wie bereits weiter oben dargelegt – großen Wert auf die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und damit einhergehend die zielgerichtete Vergabe öffentlicher Aufträge an Selbständige im Freistaat.

Bildung ist der Schlüssel für Qualität und Wettbewerbsfähigkeit

- ***Welchen Qualitätsanspruch hat Ihre Partei an die Berufe „Architekt“ und „Stadtplaner“?***

Die FDP ist der Überzeugung, dass mit den Berufsbildern „Architekt“ und „Stadtplaner“ sehr hohe Erwartungen einhergehen und sich folglich auch ein entsprechender Qualitätsanspruch mit Blick auf die Ausbildung ergibt. Es ist zunächst Aufgabe der Hochschulen und der jeweiligen Akkreditierungsagenturen, die Überprüfung und Einhaltung dieser hohen Standards zu gewährleisten. Die Politik hat jedoch dafür Sorge zu tragen, dass die wissenschaftsbezogenen Rahmenbedingungen eine erfolgreiche Ausbildung überhaupt erst ermöglichen.

- ***Mit welchen politischen Programmen wird Ihre Partei dafür sorgen, die Qualität der Ausbildung an den Thüringer (Fach-)Hochschulen zu steigern?***

Die Thüringer FDP wird die Finanzierung der Hochschulen unter Wahrung einer langfristigen Planungssicherheit sicherstellen. Zudem werden wir die Verzahnung von Hochschulen, außeruniversitärer Forschung und Industrie fördern, um dadurch einen höheren Praxisbezug für Lehre und Forschung herzustellen und zusätzliche Finanzierungsquellen für den Hochschulbereich zu erschließen.

Schließlich werden wir die Hochschulautonomie, gerade mit Blick auf Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen, steigern und damit eine Entbürokratisierung der Hochschullandschaft vorantreiben. Dadurch können sich Hochschulen wieder auf ihr „Kerngeschäft“, nämlich die Erbringung und Sicherung einer hohen Lehr- und Forschungsleistung, konzentrieren.

- ***Welche Pläne gibt es in Ihrer Partei, die Ingenieurausbildung in Thüringen zu stärken? Wie kann ein Anreizsystem zur Aufnahme eines ingenieurwissenschaftlichen Studiums gestaltet werden?***

Grundsätzlich gilt das vorher Gesagte auch für die Ingenieurstudiengänge. Insbesondere über eine Stärkung der Eigenständigkeit und die Ausweitung von Kooperationsvorhaben mit außeruniversitärer Forschung und Wirtschaft muss eine Verbesserung der Rahmenbedingungen herbeigeführt werden.

Naturwissenschaftliches Interesse muss schon im vorschulischen Bildungsbereich geweckt, entdeckt und kontinuierlich, über die gesamte Schulzeit hinweg durch ein auf das Alter und Geschlecht abgestimmtes Angebot aufrecht erhalten und gefördert werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass durch eine rechtzeitige Berufs-, Studien- und Finanzierungsberatung an Schulen auf die Vorzüge einer akademischen Ausbildung und auf interessante Berufsperspektiven hingewiesen wird.

- ***Welche politischen Programme Ihrer Partei zielen auf die Förderung und den Ausbau des berufsbegleitenden Lernens?***

Die FDP kann auf zahlreiche erfolgreiche Initiativen zur Stärkung von Fort- und Weiterbildung und des berufsbegleitenden Lernens verweisen. So setzt z. B. die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen zu diesem Zweck „Bildungsschecks“ ein, welche von Unternehmen oder Beschäftigten, die sich selbstständig weiterbilden wollen, nach einer Beratung durch zugelassene Beratungsstellen vergeben werden. Mit diesem Scheck können sie 50 Prozent der anfallenden Weiterbildungskosten bis zu maximal 750 Euro abdecken. Damit können rund 25.000 Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen entweder direkt oder über die Unternehmensleitungen erreicht werden.

Des Weiteren setzt sich die FDP-Bundestagsfraktion dafür ein, den Aufbau von privatem Bildungskapital staatlicherseits zu unterstützen. Analog zur Systematik und Logik der Förderung privaten Wohneigentums und der privaten Altersvorsorge sollen Maßnahmen zur Stärkung der privaten Vermögensbildung für spätere Bildungsinvestitionen gefördert werden.

Qualität setzt kompetente Partner mit Weitsicht voraus

- ***Wie wird Ihre Partei die fachliche Kompetenz und die Bürgernähe der öffentlichen Verwaltung stärken?***

Um das Bewusstsein für die Gemeinschaft zu stärken und die Kompetenzen der Bürger für die Planung, Entwicklung und Umsetzung sie unmittelbar betreffender Entwicklungsmaßnahmen zu nutzen, ist die kommunale Bürgerbeteiligung zu stärken. Gemeinschaftlich getragene Projekte sind prioritär zu fördern. Die Kommunen müssen die erforderlichen Freiräume erhalten, um Beteiligungsmodelle zu entwickeln und zu erproben. Ehrenamtliches Engagement muss in den Kommunen besonders gefördert werden.

Die Liberalen treten zudem für flexiblere, bürgernahe Verwaltungen ein, in denen Verwaltungsvorgänge zügig auf elektronischem Wege abgewickelt werden können. Ziel ist es zugleich, den oft beklagten „Weg von Pontius zu Pilatus“ durch die Schaffung zentraler Anlaufpunkte weitgehend abzuschaffen.

Darüber hinaus setzt die FDP natürlich auch im Bereich der Verwaltungen auf berufsbegleitendes Lernen. Zudem bieten die Liberalen den Kommunalpolitikern in den eigenen Reihen zielgerichtet Weiterbildungsveranstaltungen an, die sie in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen sollen.

- ***Wie fördert Ihre Partei das Investitionsklima und die Motivation in den Ämtern dazu?***

Die FDP wird sich weiterhin für die Schaffung optimaler und verlässlicher Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Tätigkeit und unternehmerisches Handeln einsetzen. Die konkrete Umsetzung obliegt dann den Ländern und Kommunen. Dabei gilt es, einen Wettbewerb um die besten Ideen zu entfachen und ein gutes Innovationsklima zu schaffen. In einem solchen Klima wird investiert und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen gefördert.

- ***Wie wird sich Ihre Partei für eine Vereinheitlichung der Bauordnung einsetzen?***

Das Thema wird bereits seit längerer Zeit intensiv im Bundesfachausschuss Wohnungsbau der FDP behandelt. Die FDP wird die Vereinheitlichung verschiedener Regelungen der Landesbauordnungen prüfen, um Planungsprozesse zu vereinfachen und zu beschleunigen sowie die bundesweite Tätigkeit von Planern zu erleichtern. Dazu strebt die FDP an, im Einvernehmen mit den Bundesländern durch eine Übereinkunft der Bauministerkonferenz die Musterbauordnung in einigen Punkten allgemeinverbindlich zu gestalten und sich in weiteren Punkten auf eine einheitliche Ausgestaltung der einzelnen Landesbauordnungen zu verständigen.

- ***Wie positioniert sich Ihre Partei zu einer Fortschreibung der durch die Konjunkturprogramme begonnenen Infrastrukturoffensive?***

Aus Sicht der FDP muss es angesichts der enormen Staatsverschuldung darauf ankommen, die Schulden nicht mit Strohfeuervorhaben noch weiter ins Unermessliche zu steigern, sondern stattdessen vor allem auch privates Kapital für die Investition in Infrastrukturmaßnahmen zu aktivieren. Darüber hinaus setzt sich die FDP dafür ein, bürokratische Hemmnisse zu beseitigen, die die zumindest in Teilen fragwürdige und inkonsistente Wirksamkeit des so genannten Konjunkturpakets zusätzlich unterlaufen.

- ***Wie positioniert sich Ihre Partei zu einer Gebietsreform?***

Die Freien Demokraten stehen für die Durchsetzung schlanker, effizienter und bürgernaher Kommunalverwaltungen als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger. Dabei sind sich die Liberalen bewusst, dass Effizienz sich nicht vorrangig aus der Größe einer Verwaltung ableiten lässt. Große, starre Strukturen können im Einzelfall eher behindern als etwas bewirken. Deshalb setzt die Thüringer FDP auf Freiwilligkeit und Eigenverantwortung. Die Menschen vor Ort wissen am besten, was sie brauchen. Wenn Gemeinden oder Kreise sich zusammenschließen wollen, steht die FDP dem offen gegenüber. Anstatt auf Zwangsvereinigungen setzen die Liberalen auf die interkommunale Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften.

Nichts spricht dagegen, wenn Gebietskörperschaften beispielsweise gemeinsame Verwaltungen oder Behörden betreiben. Mit Zwang vitale, lebensfähige Gemeinden gegen ihren Willen anderen Gemeinden zuzuschlagen, entspricht jedoch nicht der liberalen Auffassung von kommunaler Selbstverwaltung. Die FDP bekennt sich zum Subsidiaritätsprinzip. Das heißt, was auf unterer Ebene entschieden werden kann, soll auch dort entschieden werden. Die Einflussnahme des Freistaates Thüringen wie auch von Bund und EU auf die Thüringer Kommunen hat sich auf ein notwendiges Mindestmaß zu beschränken. Im Zeitalter der elektronischen Kommunikation können Verwaltungen viel effizienter als bisher kooperieren, aber vor allem auch den Bürgerinnen und Bürgern als Dienstleister zur Verfügung stehen. Deshalb setzt sich die FDP dafür ein, dass in Kommunalverwaltungen zügig die Voraussetzungen geschaffen werden, möglichst viele Verwaltungsvorgänge auf elektronischem Weg abwickeln zu können. So werden alle Bürger entlastet, vor allem aber jene, die aus beruflichen Gründen nicht ohne Probleme während der Öffnungszeiten in den Verwaltungen vorsprechen können. Persönliche Ansprechpartner müssen jedoch zur Verfügung stehen, gerade für ältere Menschen, denen der Umgang mit den neuen Medien gelegentlich schwer fällt. Die FDP setzt sich für die Einführung der „leichteren (verständlicheren) Sprache“ in Formularen und Schreiben der Verwaltung ein.

Baukultur als Baustein der Thüringer Verfassung

- ***Wie wird Ihre Partei die Baukultur wahren und fördern?***

Zur Stärkung der Kommunen als Kultur- und Identifikationsraum ist insbesondere der Erhalt von Kultur- und Baudenkmalern von Bedeutung. Vor diesem Hintergrund ist eine Fortsetzung der steuerlichen Förderung von Denkmalinvestitionen notwendig. Die FDP wird sich auch für die Fortsetzung des Programms zum Städtebaulichen Denkmalschutz unter Einbeziehung der alten Bundesländer einsetzen.

- ***Wie wird Ihre Partei den Anspruch auf eine qualifiziert gestaltete Umwelt sicherstellen?***

In erster Linie geht es um eine angemessene Anwendung der vorhandenen planerischen Instrumente (Regionaler Raumordnungsplan, Landschaftsplan, Flächennutzungsplan usw.) bei strikter Respektierung der jeweils zutreffenden Planungshoheit. Dabei setzt die FDP auf eine zielgerichtete Qualifikation der Verantwortlichen in den Behörden wie auch in den politischen Gremien.

Die FDP sieht Klimaschutzpolitik als Wettbewerbsmotor. Eine gut konzipierte Klimaschutzpolitik, die frühzeitig energie- und klimaeffizientes Verhalten aller Akteure belohnt, ist eine vernünftige Wirtschaftspolitik. Zentrale Klimaschutzstrategien sind mehr Energieeffizienz und Energiesparen, um den Energiebedarf zu drosseln. Die größten Potenziale zur Energieeinsparung liegen in der Wärmedämmung des Gebäudebestands, in energieoptimierten technischen Produkten und in einem energiebewussten Verhalten jedes Einzelnen.

- ***Wie stellt sich Ihre Partei zu dem Vorschlag einer institutionellen Förderung der Stiftung Baukultur durch den Freistaat sowie der Initiierung einer Thüringer Bauausstellung als Instrument der Stadt- und Landesentwicklung?***

Zunächst ist Baukultur nichts, was parteipolitisch oder gar ideologisch dominiert sein sollte. Die Geschichte kennt genügend Beispiele, in denen genau das der Baukultur nicht zuträglich war. Insofern ist die Politik gut beraten, sich vor allem auf die Aufgaben als öffentlicher Bauherr und als Gesetzgeber sowie auf die Bildung (in allen Ebenen) zu konzentrieren. Darüber hinaus sehen die Freien Demokraten durchaus Bedarf, der Einschränkung der Kreativität des Planers durch Überregulierung entgegen zu wirken und damit Baukultur zu fördern.

Entsprechenden privaten Initiativen steht die FDP aufgeschlossen gegenüber. Inwieweit eine Unterstützung durch den Freistaat möglich ist, wird anhand konkreter Details zu prüfen sein.

Stadtumbau und die Entwicklung des ländlichen Raumes

- ***Wie wird Ihre Partei die Revitalisierung und Familienfreundlichkeit der Innenstädte fördern und sichern?***

Wie wird Ihre Partei die Entwicklung des ländlichen Raumes stärken?

Nachhaltige Stadt- und Raumentwicklung muss den spezifischen Bedürfnissen von Kindern, Familien, älteren Menschen und Behinderten Rechnung tragen. Soziale Infrastrukturen (Kindertagesstätten, Schulen, Begegnungsstätten, Pflegeheime) müssen vorgehalten und eine gute Anbindung und barrierefreie Erreichbarkeit gewährleistet werden. Besonders gilt es, zentrales – das heißt innerstädtisches oder innerstadtnahes – Wohnen zu erleichtern und zu fördern.

Die Wohnungsbauprogramme werden von der FDP weiterhin unterstützt. Vorrang soll das Bauen im Bestand bei gleichzeitiger energetischer Sanierung haben.

Die FDP wird sich auch um die Belange derjenigen kümmern, die nicht in Ballungszentren oder deren unmittelbarer Umgebung, sondern im ländlichen Raum leben. Dieser ist in besonderem Maße von den Auswirkungen des demografischen Wandels, rückläufiger Geburtenzahlen und Abwanderung betroffen. Hier wird sich die FDP für flexible Angebote zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie z. B. dezentrale Systeme und alternative Technologien zur Energie-, Wasserver- und Abwasserentsorgung einsetzen.

Die FDP sieht aber auch neue Chancen für die ländlichen Räume. Für die Landwirte ist neben der Nahrungsmittelproduktion auch die Pflege und Offenhaltung der Kulturlandschaft eine wichtige Aufgabe. Diese Leistungen müssen in einem breiten gesellschaftlichen Konsens anerkannt und gewürdigt werden. Dazu gehört auch die

Anerkennung der Bedeutung von Forstwirtschaft, Binnenfischerei und Jagd für die ländlichen Räume durch die Gesellschaft.

Die Chancen, die sich durch erneuerbare Rohstoffe – vor allem Biomasse – ergeben, müssen verstärkt genutzt werden. Ebenso ist die Erschließung der ländlichen Räume für den Tourismus und damit als zusätzliche Einkommensquelle des ländlichen Raumes zu fördern.

Der ländliche Raum spielt aus Sicht der FDP in Thüringen eine zentrale Rolle. Dies ergibt sich schon aus der stark ländlich geprägten Struktur des Freistaates. Besonderes Augenmerk hat dabei die Förderung der Bürgernähe und Bürgerbeteiligung in den Gemeinden, die Stärkung der Dorferneuerungsbeiräte und der fachlichen Beratung wie auch die Verbesserung der Bildungsangebote. Die FDP wird zudem prüfen, inwiefern private Maßnahmen der Dorferneuerung besser gefördert werden können.

Verschärfend zum für die Industrienationen insgesamt anstehenden demografischen Wandel kommt in Thüringen die wirtschaftlich bedingte Abwanderung hinzu. Hier muss deshalb der wichtigste Ansatz greifen: die Stärkung der regionalen Wirtschaft, verbunden mit der Schaffung von adäquaten Arbeitsplätzen und Zukunftsperspektiven in der Region. Parallel dazu werden planerische Antworten ins Auge gefasst (verbesserte Angebote für junge Familien, Förderung von Mehrgenerationenlösungen, Schaffung altersgerechter Angebote, Forcierung des barrierefreien Bauens im technisch möglichen Rahmen)

- ***Wie wird Ihre Partei Programme und Förderungen zusammenfassen, um das Nebeneinander der Förderung und der Zuständigkeiten in den Ministerien zu minimieren?***

Die FDP setzt sich für eine Begrenzung der Programmvielfalt ein, indem die Mittel statt für neue Unterprogramme zur Aufstockung bestehender Programme eingesetzt werden und mit einer Klausel für einen vorrangigen Einsatz zu bestimmten Zwecken versehen werden.

- ***Mit welchen Programmen wird Ihre Partei speziell auf die Herausforderungen des demografischen Wandels und des Energiewandels reagieren?***

Die Wohnungspolitik und die Entwicklung der städtischen und ländlichen Räume müssen Antworten auf folgende Herausforderungen geben: die Alterung der Gesellschaft, den Rückgang der Einwohnerzahl, das Nebeneinander von schrumpfenden und wachsenden Regionen sowie den notwendigen Beitrag des Gebäudesektors zum Klimaschutz. Die FDP wird vor allem die Senkung der Hürden im Mietrecht für eine energetische Sanierung zum gemeinsamen Vorteil von Mietern und Eigentümern in Angriff nehmen, um so einen Anreiz für eine klimafreundliche Erneuerung des Gebäudebestandes zu erhöhen. Sie wird in ihrem Bemühen um die Ausdehnung der Förderprogramme auf private Eigentümer nicht nachlassen.